

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(64. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2024)

Tagesordnung:

1. **Bundesvertriebenengesetz schnellstmöglich ändern - restriktive Aufnahmepraxis für Spätaussiedler beenden**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2317

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung entgegen. Er schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Erhebung von Gebühren bei Anwendung von unmittelbarem Zwang)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3369](#)

Der federführende Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung, des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes sowie der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung, des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes und des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5303](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bespricht Verfahrensfragen. Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringen einen Änderungsvorschlag zu dem Gesetzentwurf ein (Vorlage 2). Ferner beschließt der Ausschuss einstimmig, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme bis zum 20. Dezember 2024 zu bitten. Er nimmt in Aussicht, die Beratung in seiner für den 16. Januar 2025 geplanten Sitzung abzuschließen, um das Januar-Plenum zu erreichen.

4. **Willkommenszentren einrichten - Kräfte und Ressourcen bündeln, klare Perspektiven schaffen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2238](#)

Die antragstellenden Fraktionen bringen einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag ein (Vorlage 6). Dann schließt der federführende Ausschuss die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag mit Änderungen (Vorlage 6) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

5. **Mit mehr Entschiedenheit: häusliche Gewalt bekämpfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5660](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung in der für den 19. Dezember 2024 geplanten Sitzung zu bitten. Ferner beschließt er eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Als Termin dafür nimmt er seine für den 23. Januar 2025 geplante Sitzung in Aussicht.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Gesetzesentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5322](#)

Der federführende Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzesentwurf mit Änderungen (Vorlagen 4 und 5, einschließlich der in Vorlage 5 in den Anmerkungen enthaltenen Änderungen zu den Artikeln 3/1 und 4) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Nadja Weippert (GRÜNE).